B e s c h l u s s p r o t o k o l l

über die 12. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2022 im Bürgerhaus, Georg-Stolle-Platz 1, 64625 Bensheim

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 22:38 Uhr

Anwesend sind:

Stadtverordnetenvorsteherin	Deppert, Christine
Stadtverordneter	Bahadori, Feridun
Stadtverordnete	Becker, Sibylle
Stadtverordneter	Dorsheimer, Ralf
Stadtverordneter	Gärtner, Maximilian
Stadtverordneter	Heinz, Tobias
Stadtverordnete	Jackstein, Petra
Stadtverordneter	Jakob, Dominik
Stadtverordneter	Klos, Rico
Stadtverordnete	Schich-Kiefer, Ingrid
Stadtverordneter	Dr. Schwabenland, Rolf
Stadtverordneter	Volprecht, Rudolf
Stadtverordneter	Stenger, Bernhard
Stadtverordnete	Adam, Antje
Stadtverordnete	Glock, Sina Vanessa
Stadtverordneter	Dr. Götz, Thomas
Stadtverordneter	Müller, Moritz bis einschließlich TOP 16
Stadtverordnete	Rinke, Birgit
Stadtverordnete	Dr. Schmidt, Fatemeh
Stadtverordnete	Sterzelmaier, Doris
Stadtverordneter	Wüstner, Hanns-Christian
Stadtverordneter	Bauer, Werner
Stadtverordnete	Filippone, Adriana
Stadtverordneter	Kaltwasser, Jürgen
Stadtverordnete	Middleton, Eva
Stadtverordneter	Moritz, Heiko
Stadtverordneter	Stühling, Ralph
Stadtverordneter	Sydow, Michael
Stadtverordnete	Blumenschein, Lisa-Marie
Stadtverordneter	Eschborn, Thorsten
Stadtverordneter	Dr. Schepp, Rolf
Stadtverordneter	Fischer, Tobias Peter
Stadtverordneter	Apfel, Franz
Stadtverordneter	Koller, Norbert
Stadtverordnete	Dr. Vogt-Saggau, Ulrike
Stadtverordneter	Hillenbrand, Alois
Stadtverordneter	Leisemann, Peter
Stadtverordneter	Dr. Tiemann, Rolf

Stadtverordneter	Kahnt, Rolf
Stadtverordneter	Penteker, Matthias
Vorsitzende	Dankwerth, Yvonne

Entschuldigt:

Stadtverordnete	Marquardt, Tanja
Stadtverordneter	Dr. Schwalbach, Peter
Stadtverordnete	Hoeller, Sarah
Stadtverordnete	Knapp, Kira
Stadtverordneter	Kredel, Jochen

Vom Magistrat:

Bürgermeisterin	Klein, Christine
Erste Stadträtin	Rauber-Jung, Nicole
Stadtrat	Born, Andreas
Stadtrat	Born, Peter L.
Stadtrat	Knapp, Manfred
Stadträtin	Koebe, Josefine
Stadtrat	Roeder, Oliver
Stadtrat	Rothermel, Wilhelm
Stadtrat	Scharff, Andreas
Stadtrat	Seibert, Hans

Vom Magistrat entschuldigt:

Stadträtin	Ottiger, Waltrud

vom Ausländerbeirat:

Vorsitzende	Dankwerth, Yvonne

Verwaltung:	Loser, Markus Bossler, Maike Wetzel, Markus
Schriftführerin	Dietzel, Andrea

Stadtverordnetenvorsteherin Deppert eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Magistrats sowie die Gäste. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest.

Stv. Heinz beantragt die Tagesordnungspunkte 17 und 18 gemeinsam mit dem Haushalt zu beraten.
Auf Nachfrage **von Stadtverordnetenvorsteherin Deppert** werden keine Einwände erhoben. Die Tagesordnung wird entsprechend geändert.

Punkt 1.a) Mitteilungen und Berichte der Stadtverordnetenvorsteherin und der Ausschussvorsitzenden

---

Anmerkung: Es liegen keine Mitteilungen vor.

Punkt 1.b) Abgabe von persönlichen Erklärungen der Stadtverordneten oder Magistratsmitglieder

---

Stv. Dr. Götz weist auf die verteilten Weihnachtsgrüße der Fairtrade-Steuerungsgruppe auf alle Sitzungstische hin.

Punkt 1.c) Mitteilungen und Berichte des Magistrats gemäß § 50 Abs. 3 HGO

Anmerkung: Es liegen keine Mitteilungen vor.

Punkt 2) Sanierung und Erweiterung des "Alte Schule" in Hochstädten; hier: Projektbeschluss

---

Beschluss:

Es wird beschlossen, der in der Projektvorlage erläuterten Sanierung und dem Umbau der „Alte Schule“ Hochstädten zu einem Mehrfunktionsgebäude zuzustimmen.

Die Gesamtkosten für die Sanierung- und Umbaumaßnahme belaufen sich auf rund 2.660.000 €.

Die Finanzierung setzt sich zusammen aus einer Aufteilung der Kosten für die grundhafte Sanierung mit 864.000 € durch die Stadt und mit einem Zuschuss von 1.296.000 € durch den Eigenbetrieb Kinderbetreuung. Die weiteren nur für den Bereich der Kinderbetreuung anfallenden Kosten von 500.000 € für die Außenanlage und Ausstattung (bewegliches Mobiliar) sowie anteiligen Kosten für die Projektsteuerung übernimmt der Eigenbetrieb.

Im städtischen Haushalt 2023 sind für das Projekt 1.100.000 € (Ausgaben) und 660.000 € (Einnahmen) angemeldet. Für den Haushalt 2024 werden weitere 1.060.000 € (Ausgaben) und 636.000 € (Einnahmen) vorgesehen (Erläuterung siehe Begründung der Verwaltung).
Im Wirtschaftsplan des EB Kinderbetreuung wurden 2022 bereits 900.000 veranschlagt. Der Restbetrag von 896.000 € wird im Wirtschaftsplan 2023 eingeplant.

Der Beschluss wird gefasst mit: 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 3) Fußball-Spiel-Gemeinschaft 1950/54 Bensheim-West e.V.; hier: Antrag auf Gewährung eines städtischen Zuschusses

---

Beschluss:

Dem Antrag der Fußball-Spiel-Gemeinschaft 1950/54 Bensheim-West e.V. auf Gewährung eines städtischen Zuschusses zu den Mehrkosten für die energetischen Renovierungen und Instandsetzungen sowie der Umrüstung auf LED-Technik im Sportpark Bensheim-West wird zugestimmt.

Zu den Gesamtkosten von rd. 147.500 € (vorher 141.700 €) wird der städtische Zuschuss gemäß den Investitionsförderrichtlinien für Maßnahmen von Vereinen und sonstigen Trägern von Einrichtungen auf 7.673 € (vorher 6.890 €) festgesetzt.

Die erforderlichen Mittel (Mehrkosten = 783 €) sind im Haushaltsplan 2022 bei Produkt 2.35.06 veranschlagt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 4) Antrag des HospizVerein Bergstraße e.V. auf Gewährung eines städtischen Zuschusses

---

Beschluss:

Dem Antrag des HospizVereins Bergstraße e.V. auf Gewährung eines städtischen Zuschusses zu den Kosten für den Umbau und die Erweiterung des stationären Hospizes Bergstraße wird entsprochen.

Die Gesamtkosten belaufen sich auf rd. 3 Mio. Euro. Gemäß den städtischen Investitionsförderungsrichtlinien wird der Zuschuss auf die Höchstgrenze von 10.000 Euro festgesetzt.

Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplan 2023 bei Produkt 2.35.02 – Vereinsförderung – veranschlagt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 5) Familienzentrum Bensheim;
hier: Nutzung des Gebäudes Jacob-Löhr-Straße als vorübergehende Betreuungseinrichtung und Begegnungszentrum

---

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Familienzentrum Bensheim e.V. die bis zum 31.12.2022 getroffene Vereinbarung um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Das Gebäude Jacob-Löhr-Straße 7 wird dem Verein weiterhin zur kostenlosen Nutzung zu Zwecken der Kinderbetreuung und als Begegnungsstätte zur Verfügung gestellt.

Für die Kosten der Kinderbetreuung wird dem Verein ein Zuschuss in Höhe von 115.000 € gewährt. Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan 2023 bei Produkt 2.35.02 zu veranschlagen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 6) Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan BW 64 "Südlich Fachmarktzentrum" in Bensheim

---

Beschluss:

Es wird beschlossen, dass der beiliegende Städtebauliche Vertrag zum Bebauungsplan BW 64 "Südlich Fachmarktzentrum" in Bensheim, in dieser Form abgeschlossen werden darf.

Der Beschluss wird gefasst mit: 37 Ja-Stimmen, 03 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 7) Bebauungsplan BW 64 "Südlich Fachmarktzentrum"
hier:
a) Beschluss der Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger sonstiger öffentlicher Belange nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
b) Satzungsbeschluss nach § 10 BauGB

Beschluss:

a) Der Vorschlag zur Abwägung der Stellungnahmen (Anlage 1) aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB wird in der vorliegenden Form beschlossen.

b) Der Bebauungsplans BW 64 "Südlich Fachmarktzentrum" (Anlagen 2-5g) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB einschließlich der bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 91 HBO als Satzung beschlossen. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 37 Ja-Stimmen, 03 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 8) Bebauungsplan BA 14 "Im Bangert" - 12. Änderung
hier:
a) Beschluss der Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 a BauGB
b) Beschluss des Bebauungsplanes gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung

---

Beschluss:

a) Der Abwägungsvorschlag (Anlage 1) zu den Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13a BauGB wird in der vorliegenden Form beschlossen.

b) Der Bebauungsplan BA 14 „Im Bangert" – 12. Änderung (Anlagen 2 bis 5) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB einschließlich der bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 91 HBO als Satzung beschlossen. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 9) Bebauungsplan BF 21 "Rodauer Straße Nord"
a) Umstellung auf das beschleunigte Verfahren nach § 13b BauGB
b) Änderung des Geltungsbereiches

Anmerkung: Es erfolgt auf Antrag der FWG-Fraktion die Einzelabstimmung.

Beschluss:

a) Es wird beschlossen, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes BF 21 „Rodauer Straße Nord“ im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB durchzuführen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, mehrheitlich angenommen.

b) Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die Flurstücke 408, 409, 411/5 tlw. und 412/5 tlw. in der Flur 2, Gemarkung Fehlheim und wird in dieser geänderten Fassung (siehe Anlage) beschlossen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 10) Mobilitätskonzept für die Stadt Bensheim

Beschluss:

Dem Entwurf für die Erstellung des Mobilitätskonzeptes wird zugestimmt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 11) Jährliche Zuwendungen an die Freiwilligen Feuerwehren Hier: Neufestsetzung des Verteilerschlüssels ab dem Jahr 2023

Beschluss:

1. Der vorgelegten Neuregelung des jährlichen Zuschusses an die Freiwilligen Feuerwehren ab dem Jahr 2023 unter Berücksichtigung der aktualisierten Mitgliederzahlen und der aktualisierten Einwohnerzahl wird zugestimmt.

2. Der Verteilerschlüssel und das Gesamtbudget wird auf 5 Jahre – somit bis einschließlich zum Jahr 2027 - festgeschrieben.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 12) Trägerverein Geburtshaus Bergstraße e.V.;
hier: Antrag auf Gewährung eines städtischen Zuschusses

Beschluss:

Es wird, vor dem Hintergrund des Antrages des Trägervereins Geburtshaus Bergstraße e.V., beschlossen:

Dem Verein wird 2023 ein städtischer Zuschuss in Höhe von 2.500 € gewährt.

Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplan 2023 bei Produkt 2.35.02 – Vereinsförderung – veranschlagt.

Für die Folgejahre wird die Notwendigkeit des Zuschusses im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen überprüft und entschieden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 13) TSV Auerbach und KSC Bensheim;
hier: Anträge auf Gewährung von städtischen Zuschüssen

Beschluss:

Es wird beschlossen,

der TSV Rot-Weiß Auerbach zu den Kosten für den Unterhaltungsaufwand (40.200 €) an der vereinseigenen Sporthalle einen Zuschuss von 4.020 € (= 10 %) und

dem KSC Bensheim zu den Kosten für die Anmietung der Sporthalle (= 34.200 €) einen Zuschuss von 3.420 € (= 10 %) zu gewähren.

Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan 2022 bei Produkt 2.35.06 – Förderung des Sports – veranschlagt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 14) Kommissionen; hier: Nachwahl von sachkundigen Einwohnern gem. § 72 HGO

Anmerkung: Es werden auf Nachfrage keine Einwände gegen eine offene Abstimmung erhoben.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt gemäß § 72 Abs. 2 HGO folgende Vertreter/innen und Stellvertreter/innen als sachkundige Einwohner/innen in die:

Sportkommission der Stadt Bensheim:

Institution / Verein	Vertreter*in	1. Stellvertreter*in	2. Stellvertreter*in
Tennisclub Auerbach e.V.	Reinhardt Bender	Heinz Schmieder **(beratend)**	./.
TSV Rot- Weiß Auerbach 1881 e.V.	./.	./.	Horst Knop

Klima-, Umwelt- und Energiekommission der Stadt Bensheim:

Institution / Verein	Vertreter*in	1. Stellvertreter*in	2. Stellvertreter*in
Angelverein Bensheim	Stephan Schneider	./.	./.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 15.a) Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bezüglich "Projektvorlage: Parktheater- Einbau einer LED-Beleuchtung einschließlich Sicherheitsbeleuchtung sowie einer Photovoltaikanlage"

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Im zweiten Absatz wird der Satz „Sollte das Projekt widererwartend keine Förderung erhalten, wird aus Kostengründen lediglich dem technisch notwendigen Einbau einer neuen LED-Beleuchtungsanlage einschließlich Sicherheitsbeleuchtung zugestimmt.“ und im vierten Absatz wird die Angabe „(35.000 € ohne PV-Anlage)“ gestrichen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 37 Ja-Stimmen, 03 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 15.b) Projektvorlage: Parktheater- Einbau einer LED-Beleuchtung einschließlich Sicherheitsbeleuchtung sowie einer Photovoltaikanlage

---

Beschluss:

Dem Einbau einer neuen LED-Beleuchtungsanlage einschließlich Sicherheitsbeleuchtung sowie der Errichtung einer Photovoltaikanlage im/am Parktheater Bensheim wird zugestimmt. Die hierfür veranschlagten Kosten belaufen sich auf ca. 542.000 €.

Für die Umsetzung des Projektes erfolgte eine Antragsstellung für die Förderung des Land Hessen von kommunalen Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekten sowie von kommunalen Informationsinitiativen. Sollte das Projekt widererwartend keine Förderung erhalten, wird aus Kostengründen lediglich dem technisch notwendigen Einbau einer neuen LED-Beleuchtungsanlage einschließlich Sicherheitsbeleuchtung zugestimmt.

Für die Maßnahme stehen im Haushaltsplan bei Produkt 2.60.01 „Bereitstellung von Gebäuden“, Investitionsprojekt 5.001584 – „Parktheater- Einbau einer LEDBeleuchtung einschließlich Sicherheitsbeleuchtung“, Mittel in Höhe von 357.000 € zur Verfügung.

Die Stadtverordnetenversammlung verpflichtet sich die weiteren, für den Haushalt 2023 beim o.g. Projekt angemeldeten, benötigten Mittel in Höhe von 185.000 € (35.000 € ohne PV-Anlage) im Rahmen des Haushalts 2023 zur Verfügung bereitzustellen. Nur durch die gesicherte Gesamtfinanzierung ist eine nächstmögliche Umsetzung der Gesamtmaßnahme in der spielfreien Zeit des Parktheaters im Sommer 2023 möglich.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 16) Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bezüglich "3. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Bensheim"

Beschluss:

1. Für den Zeitraum 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2024 werden folgende Gebührensätze festgesetzt:

   • Die **Schmutzwassergebühr** beträgt pro m³ Frischwasserverbrauch bei zentraler Abwasserreinigung in der Abwasseranlage 1,83 Euro (bisher 1,64 Euro).

• Die **Niederschlagswassergebühr** wird festgesetzt auf jährlich 0,64 Euro pro m² (bisher 0,57 Euro) bebaute und künstlich befestigte Fläche, von der Niederschlagswasser in die Abwasser-anlage eingeleitet wird oder abfließt.

2. Die beigefügte 3. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung vom 14. Februar 2020 wird beschlossen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 24 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Anmerkung: Stadtverordneter Moritz Müller verlässt die Sitzung.

Punkt 17) Haushaltsplan der Stadt Bensheim mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2023

Punkt 17.1) Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2023

Punkt 17.1.a) Änderungs-Anträge der BfB-Fraktion zu den Themen "Streichung des Erwerbs von Grundstücken in künftigen Baugebieten", "Streichung Erneuerung Pflasterbelag am Seiteneingang Parktheater", "Streichung Mastleuchte Festplatz Berliner Ring" und "Vorlage Prüfergebnis Verkauf Tiefgarage Guntrum"

Anmerkung: Es erfolgt Einzelabstimmung

Beschluss:

A) Die im Teilfinanzhaushalt Seite 110, Konto-Nr. 5001019 ausgewiesenen 250.000 Euro zum Ankauf von Grunderwerb in zukünftigen Baugebieten werden auf 12.000 Euro reduziert (Magistratsbeschluss vom 16.01.2013). 238.000 Euro werden eingespart.

Der Beschluss wird gefasst mit: 05 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

B) Die im Teilfinanzhaushalt Seite 428, Konto-Nr. 6161200 ausgewiesenen 35.000 Euro zur Erneuerung Pflasterbelag Seiteneingang Parktheater werden gestrichen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

C) Die im Teilfinanzhaushalt Seite 462, Konto-Nr. 5001574 ausgewiesenen 45.000 Euro für die Mastleuchte Festplatz Berliner Ring wird gestrichen und eingespart.

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Anmerkung: Auf Grund der ausgeteilten Information (Vorlagen-Nr. 523/22) erfolgt keine Abstimmung

D) Der Magistrat wird beauftragt, das Ergebnis des Prüfauftrages zum Verkauf der Tiefgarage Guntrum spätestens in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 5. Dezember 2022 vorzulegen.

Punkt 17.1.b) Änderungs-Anträge der BfB-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2023 zu den Themen "Reduzierung Kosten Stellenanzeigen" und "Energieeinsparung durch Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung"

Anmerkung: Es erfolgt Einzelabstimmung

Beschluss:

A) Im Teilfinanzhaushalt Seite 9, Konto-Nr. 6501000 ausgewiesenen 40.000 Euro für Personaleinstellungen – Kosten für Stellenausschreibungen werden auf 15.000 Euro reduziert.

Der Beschluss wird gefasst mit: 05 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

Anmerkung: Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

B) Der Magistrat wird in Zusammenarbeit mit dem GGEW beauftragt, einen Vorschlag zur Energieeinsparung bei der Straßenbeleuchtung durch Nachtabschaltung ab 1.00 Uhr bis 5.00 Uhr für bestimmte Straßen zeitnah zu erarbeiten und den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Punkt 17.1.c) Änderungs-Anträge der BfB-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2023 zu den Themen "Förderung der Bereiche Begrünung und Entsiegelung beim Klimaschutz" und "Verlegung Urban Gardening"

Anmerkung: Es erfolgt Einzelabstimmung

Beschluss:

A) Der Magistrat wird beauftragt, ab 2023 aus den Mitteln für das Förderprogramm Klimaschutz die Bereiche Begrünung und Entsiegelung wieder zu fördern.

Der Beschluss wird gefasst mit: 12 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt.

B) Der Magistrat wird beauftragt, die auf dem Hoffart-Gelände vorgesehene „temporäre Transformation der Freifläche durch intensive Begrünung und Urban Gardening“ auf Teilen des Beauner Platzes vorzusehen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 04 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 17.1.d) Änderungsanträge der BfB-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2023 zu den Themen "Streichung der Mittel für unvorhergesehene Bebauungspläne" sowie "Streichung der Mittel für die Evulation Bensheimer Weg"

Anmerkung: Es erfolgt Einzelabstimmung

Beschluss:

Anmerkung: Der Antrag wurde zurückgezogen

A) Die Mittel für unvorhergesehene Bebauungspläne auf der Seite 488, Konten-Nr.: 6120000 in Höhe von 60.000 Euro werden gestrichen.

B) Die Mittel für die Evaluation Bensheimer Weg in Höhe von 25.000 Euro unter der Konten-Nummer: 6120000 werden gestrichen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 05 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 17.1.e) Änderungsantrag der Fraktion der Grünen zum Haushaltsentwurf bezüglich "Mittel für unvorhergesehene Bebauungspläne"

Beschluss:

Im Produkt 2.61.01 Stadtplanung, Konto 6120000 werden die Mittel für unvorhergesehene Bebauungspläne von 60.000 Euro um 60.000 Euro auf 120.000 Euro erhöht.

Der Beschluss wird gefasst mit: 07 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 17.1.f) Änderungsantrag der Grünen-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2023

Anmerkung: Es erfolgt die Einzelabstimmung.

Beschluss:

1. S. 240 Produkt 2.33.01 Verkehrsrechtliche Angelegenheiten.
   Der Ansatz der Verwarnungsgelder Konto 5150200 ist um 10.000,-- Euro auf 460.000,-- Euro zu erhöhen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 09 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt.

2. S. 367 Produkt 2.36.03 Klimaschutz Konto 5001514
   Der Ansatz wird von 250.000,-- um 50.000,-- auf 300.000,-- erhöht.
   Die 50.000,-- Euro für das neue Förderprogramm Klimaanpassung bleiben unverändert

Der Beschluss wird gefasst mit: 11 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt.

3. S. 428 Produkt 2.60.01 Bereitstellung von Gebäuden Konto 6161200
   Der Ansatz : Erneuerung Saalparkett und Bestuhlung im Parktheater 350.000,-- wird gestrichen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

4. S. 436 Produkt 2.60.01 Bereitstellung von Gebäuden Konto 5001647 Neubau Toilettenwagen – Die Planungskosten von 20.000,-- Euro werden gestrichen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

5. S. 455 Produkt 2.60.04 Parkraumbewirtschaftung. Für die Anschaffung von 10 solarbetriebenen Parkscheinautomaten werden 150.000,-- Euro im HH eingestellt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 07 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

6. S. 505 Produkt 2.63.01 Gemeindestraßen Konto 5001264
Die Planungskosten von 617.000,-- Euro und die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,4 Mio. Euro für weitere Planungs- und Baukosten für die grundhafte Erneuerung der Neuhofstraße werden gestrichen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 07 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

7. S. 505 Produkt 2.63.01 Konto 5001396 Der Ansatz von 250.000,-- Euro grundhafte Erneuerung Amperestraße wird gestrichen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 07 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

8. S. 551 Produkt 2.63.12 , Konto 5001660 Neuanlage Parkplätze Friedhof Zell. Der Ansatz von 60.000 Euro wird gestrichen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 07 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

Stellenplan:

9. S. 240 Produkt 2.33.01 Verkehrsrechtliche Angelegenheiten. Es soll eine Stelle für die Hilfspolizei mehr geschaffen werden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 07 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 17.1.g) Änderungsantrag der Grüne-Fraktion bezüglich "Erhebung von Parkgebühren im öffentlichen Verkehrsraum der Innenstadt"

Beschluss:

1. Im Haushalt bei Produkt 2.33.01: Verkehrsrechtliche Angelegenheiten unter Konto 5110010: Einnahmen aus dem Parkraumbewirtschaftungskonzept Innenstadt, sind wie bereits 2018 und 2019 wieder 90.000 Euro anzusetzen.

2. Es werden wieder Parkgebühren nach dem alten Status Quo auf den gleichen öffentlichen Flächen der Innenstadt wie bis 2021 erhoben.

3. Dazu werden wieder solarbetriebene Parkautomaten angeschafft.

Der Beschluss wird gefasst mit: 07 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 17.1.h) Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bezüglich "Haushaltsplan der Stadt Bensheim für das Haushaltsjahr 2023" (überarbeitete Fassung)

Anmerkung: Es erfolgt die Einzelabstimmung.

Beschluss:

1. Produkt 2.13.09, Konto 6861000 (Seite 71)
   Der Ansatz für Aufwendungen für Repräsentationszwecke, Präsente (Ehrungen) wird um 1.000 Euro auf 12.500 Euro verringert.

Der Beschluss wird gefasst mit: 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

2. Produkt 2.15.02, Konto 6164000 (Seite 115)
   Der Ansatz für Instandhaltung von Kfz wird um 1.600 Euro auf 2.000 Euro verringert.

Der Beschluss wird gefasst mit: 36 Ja-Stimmen, 01 Nein-Stimme, 02 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

3. a) Produkt 2.22.03, Konten 5110000 und 5110100 (Seite 205)
   Der Ansatz für öffentlich-rechtliche Benutzungsgebühren (Konto 5110000) wird um 585.000 Euro auf 5.553.000 Euro erhöht und der Ansatz für Benutzungsgebühren Straßenentwässerung (Konto 5110100) wird um 105.000 Euro auf 956.000 Euro erhöht.

Der Beschluss wird gefasst mit: 24 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

b) Gebühren Straßenentwässerung
Die Ansätze für Gebühren Straßenentwässerung werden in Produkt 2.63.01, Konto 6730100 (Seite 501), um 91.400 Euro auf 830.400 Euro, in Produkt 2.63.02, Konto 6730100 (Seite 511), um 2.900 Euro auf 28.900 Euro, in Produkt 2.63.03, Konto 6730100

(Seite 517), um 1.800 Euro auf 18.800 Euro und in Produkt 2.63.04, Konto 6730100 (Seite 523), um 8.900 Euro auf 77.900 Euro erhöht.

Der Beschluss wird gefasst mit: 24 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

4. Produkt 2.32.01, Konto 6100000 (Seite 232)
Der Ansatz für Fremdleistungen wird hinsichtlich der Mittel für Umweltscouts – Müllprävention um 15.000 Euro auf 102.500 Euro verringert.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 07 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

5. Produkt 2.32.01, Konto 5001661 (Seiten 234/235)
Der Ansatz für Anschaffung Sicherheitssysteme für Veranstaltungen in Höhe von 100.000 Euro wird mit einem Sperrvermerk versehen, der durch Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses aufgehoben werden kann.

Der Beschluss wird gefasst mit: 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, einstimmig angenommen.

6. Punkt 2.33.03, Konto 6700110 (Seite 251)
Der Magistrat wird beauftragt, den Vertrag für das Fahrradleihsystem Nextbike zum 1. Januar 2026 vorsorglich zu kündigen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 24 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Anmerkung: Die Abstimmung erfolgt unter TOP 17.1.s. a

7. Produkt 2.35.02, Konto 7127000 (Seite 297, Änderungsliste)
Der Ansatz für Zuschüsse an Vereine wird bezüglich der Mittel für den Verein Frauenhaus Bergstraße e.V. in Höhe von 6.500 Euro mit einem Sperrvermerk versehen, der durch Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses aufgehoben werden kann.

Anmerkung: Die Abstimmung erfolgt unter TOP 17.1.t.a

8. Anpassung der Gebühren für den Pakt für den Nachmittag
   a) Die Gebührensatzung über die Benutzung der Kindertagesstätten in der Stadt Bensheim wird zum 1. August 2023 wie folgt geändert:
   In § 2 Abs. 4 wird die Angabe „120,00 €/Monat“ durch „164,00 €/Monat“ und die Angabe „162,00 €/Monat“ durch „184,00 €/Monat“ ersetzt.

Anmerkung: Die Abstimmung erfolgt unter TOP 17.1.t.b

b) Im Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Kinderbetreuung werden die Umsatzerlöse bezüglich der Betreuungsgebühren im Teilergebnisplan 6.35.03.08 Grundschulbetreuung Schillerschule von 216.000 Euro auf (einsetzen: Betrag, der sich aus den Gebühren nach Buchst. a ergibt) Euro, im Teilergebnisplan 6.35.03.10 Grundschulbetreuung Schlossbergschule von 149.400 Euro auf (einsetzen: Betrag, der sich aus den Gebühren nach Buchst. a ergibt) Euro sowie im Teilergebnisplan 6.35.03.11 Carl-Orff-Schule von 129.600 Euro auf (einsetzen: Betrag, der sich aus den Gebühren nach Buchst. a ergibt) Euro und entsprechend im Gesamterfolgsplan erhöht.

Anmerkung: Die Abstimmung erfolgt unter TOP 17.1.t.c

c) Der Ansatz für den Verlustausgleich/Zuschuss an den Eigenbetrieb Kinderbetreuung Bensheim (Produkt 2.35.03, Konto 7125000) wird um **70.000 Euro** auf **15.728.800 Euro** verringert.

9. Produkt 2.36.01, Konto 6861000 (Seite 347)
Der Ansatz für Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit wird hinsichtlich der Obstbaum-Verlosungsaktion um 5.000 Euro auf 5.000 Euro verringert.

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

10. Produkt 2.36.02, Konto 6861000 (Seite 355)
Der Ansatz für Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit wird um 2.500 Euro auf 2.500 Euro verringert.

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Anmerkung: Stv. Dr. Tiemann nimmt an der Abstimmung nicht teil.

11. Produkt 2.36.03, Konto 5001514 (Seite 367)

a) Die Bezeichnung wird geändert in „Förderprogramm Klimaschutz“ und der Ansatz um 150.000 Euro auf 100.000 Euro verringert. Die Erläuterung wird wie folgt gefasst: „Die Mittel werden zur Förderung von Stromspeichern und Photovoltaik-Anlagen bereitgestellt. **Die Mittel werden aus dem Grubenzins finanziert**“. Ebenso werden die Mittel im Investitionsprogramm für die Folgejahre auf jeweils 100.000 Euro verringert.

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, mehrheitlich angenommen.

Anmerkung: Stv. Dr. Tiemann nimmt an der Abstimmung teil.

b) Der Magistrat wird beauftragt, die Richtlinie des Förderprogramms Stromspeicher und Photovoltaik-Anlagen innerhalb der Stadt Bensheim zu ändern, so dass ab dem Jahr 2023 die Förderobergrenze auf 500 Euro pro Maßnahme festgelegt wird.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 07 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Anmerkung: Es erfolgt Einzelabstimmung

12. Produkt 2.60.01, Konto 6161200 (Seite 428)
Der Ansatz für Instandhaltungsprojekte wird um 570.000 Euro auf 692.000 Euro verringert und die Maßnahmen

a) Planungskosten für eine Generalplanung der Weststadthalle (60.000 Euro),

Der Beschluss wird gefasst mit: 29 Ja-Stimmen, 07 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Anmerkung: Die Abstimmung erfolgte unter TOP 17.1.a

b) Erneuerung Pflasterbelag Seiteneingang Parktheater (35.000 Euro),

c) Erneuerung der Dacheindeckung Rodensteinstraße 8 (60.000 Euro),

Der Beschluss wird gefasst mit: 29 Ja-Stimmen, 06 Nein-Stimmen, 04 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

d) Erneuerung Verglasung Eingangsbereich Alte Gerberei (65.000 Euro) sowie

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 07 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Anmerkung: Die Abstimmung erfolgte unter TOP 17.1.f

e) Erneuerung Saalparkett und Bestuhlung im Parktheater (350.000 Euro)

werden gestrichen.

13. Produkt 2.60.01, Konto 500xxxx (Seite 432ff.)
Für die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden – Umsetzung des Programms zur Errichtung von PV-Anlagen wird ein Ansatz in Höhe von 150.000 Euro gebildet.

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Anmerkung: Es erfolgt Einzelabstimmung

14. Kinder- und Jugendpark
a) Zu den Mitteln für unvorhergesehene B-Pläne im Produkt 2.61.01, Konto 6120000, wird als Erläuterung ergänzt: „u.a. Kinder- und Jugendpark/Taunusanlage“

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

b) Die aus dem Ansatz des Haushaltsplans 2022 betreffend Weiherhaus-Skateranlage (Produkt 2.60.03, Konto 5001102) noch bestehenden Mittel werden übertragen und können für die Planung des Kinder- und Jugendparks an der Taunusanlage verwendet werden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

15. Ergebnis- und Finanzplanung
Für das Jahr 2024 werden der Betrag für die Grundsteuer B von 12.410.000 Euro auf **10.123.900 Euro** sowie für die Gewerbesteuer von 55.879.000 Euro auf **55.171.900 Euro** sowie entsprechend die Summe der ordentlichen Erträge und das Jahresergebnis geändert.

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 17.1.i) Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Grünen, SPD, FDP, BfB und FWG bezüglich "Haushaltsplan 2023 - Maßnahmen in den Ortsteilen"

Beschluss:

Im Produkt 2.12.01 – Städtische Gremien wird bei Konto 6860120 ein Ansatz für „Aufwendungen für kleine Maßnahmen in den Ortsteilen“ in Höhe von 11.000 Euro ergänzt und zu diesem Ansatz vermerkt: „Die Mittel sind nicht kumulierbar und nicht mit den Ansätzen in dem Budget deckungsfähig.“

Der Beschluss wird gefasst mit: 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 17.1.j) Gemeinsamer Änderungsantrag aller Fraktionen bezüglich "Haushaltsplan 2023 - Auerbahn"

Beschluss:

Im Produkt 2.35.02 – Vereinsförderung wird bei Konto 5001037 ein Ansatz betreffend Investitionszuschuss an Vereine für den Gewerbekreis Auerbach in Höhe von 2.500 Euro ergänzt. Dieser steht für den Umbau der Auerbahn zur Verfügung.

Der Beschluss wird gefasst mit: 36 Ja-Stimmen, 02 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, mehrheitlich angenommen.

Punkt 17.1.k) Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Grünen, SPD, FDP, BfB und FWG bezüglich "Haushaltsplan 2023 - Hochstädter Haus"

Beschluss:

Im Produkt 2.35.02 – Vereinsförderung wird bei Konto 7127000 der Ansatz für FV Heimatpflege Hochstädten (Unterhalt Hochstädter Haus) von 1.000 Euro auf 6.000 Euro erhöht und hierzu vermerkt: "Die Mittel werden auf Nachweis gewährt." Entsprechend wird der Gesamtansatz der Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen erhöht.

Der Beschluss wird gefasst mit: 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 17.1.l) Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bezüglich "Stellenplan 2023" (überarbeitete Fassung)

Beschluss:

Der Stellenplan wird wie folgt geändert:

1. Die Stelle „Fachbereichsleitung“ /A 15 im Fachbereich Zentrale Dienste (Beamte, Seite 1) wird gestrichen und bei der Stelle „Teamleitung“ im Team Steuerungsunterstützung werden die Angabe „Teamleitung“ durch „Teamleitung und Fachbereichsleitung“ sowie die Angabe „ A 2“ durch „A 15“ ersetzt.

2. Die Stelle „Fachbereichsleitung“ / A 14 im Fachbereich Finanzen (Beamte, Seite 2) wird gestrichen und bei der Stelle „Teamleitung“ im Team Finanzen (Beamte, Seite 2) werden die Angabe „Teamleitung“ durch „Teamleitung und Fachbereichsleitung“ sowie die Angabe „A 13 g.D.“ durch „A 14“ ersetzt.

3. Im Team Finanzen (Beamte, Seite 2) wird eine Stelle „Sachbearbeiter*in“ mit der Besoldungsgruppe „A 11“ ergänzt.

4. Die Stelle „Fachbereichsleitung“ / A 15 im Fachbereich Stadtentwicklung, Immobilien und Umwelt (Beamte, Seite 3) wird gestrichen.

5. Die Stelle „Fachbereichsleitung“ / A 14 im Fachbereich Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice (Beamte, Seite 3) wird gestrichen und bei der Stelle „Teamleitung“ im Team Allgemeine Sicherheit und Ordnung (Beamte, Seite 4) wird die Angabe „A 12“ durch „A 14“ ersetzt.

6. Im Team Allgemeine Sicherheit und Ordnung (Beamte, Seite 4) wird eine Stelle „Sachbearbeiter*in“ mit der Besoldungsgruppe „A 11“ ergänzt.

7. Bei der Stelle „Datenschutz“ / EG 12 (Beschäftigte, Seite 1) wird ein Sperrvermerk gesetzt, der durch Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses aufgehoben werden kann.

8. Die Stelle „Sachbearbeiter*in“ / EG 9b, die zum 1. Oktober 2022 unbesetzt ist (Beschäftigte, Seite 4) wird gestrichen.

9. Die Stelle „Sozialpäd.“ / EG S12 (Beschäftigte, Seite 5) wird gestrichen, der durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aufgehoben werden kann.

10. Die Stelle „Sachbearbeiter*in“ / EG 8 – vorher bei Magistrat (Beschäftigte, Seite 10) wird gestrichen.

11. Die Gesamtbeträge der Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen werden – sowohl im Ergebnishaushalt für das Jahr 2023 als auch in der Ergebnis- und Finanzplanung – entsprechend angepasst.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 07 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 17.1.m) Änderungsantrag der BfB-Fraktion bezüglich "Anlage Haushaltskonsolidierung Verkauf des Hoffart-Geländes 2024"

Beschluss:

Im Haushaltskonsolidierungskonzept werden für das Jahr 2024 mindestens 0,5 Mio. Euro für den Verkauf des Hoffart-Geländes eingeplant.

Der Beschluss wird gefasst mit: 05 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 17.1.n) Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bezüglich "Haushaltsplan 2023 - weitere Punkte"

Anmerkung: Es erfolgt Einzelabstimmung

Beschluss:

1. Produkt 2.33.03, Konto 6104100 (Seite 251)
   Der Ansatz für Ruftaxikosten wird um 20.000 Euro auf 260.000 Euro verringert.

Der Beschluss wird gefasst mit: 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Anmerkung: Der Antrag wurde zurückgezogen

2. Produkt 2.41.01, Konto 6100000 (Seite 381)
   Der Ansatz für Fremdleistungen wird hinsichtlich der Elektroarbeiten und Sicherheitsdienst am Weihnachtsmarkt um x.xxx Euro auf xxx.xxx Euro verringert.

3. Produkt 2.60.01, Konto 5003000 (Seite 427)
   Der Ansatz für Mieteinnahmen wird um 100.000 Euro auf 311.900 Euro erhöht.

Der Beschluss wird gefasst mit: 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

4. Produkt 2.61.01, Konto 6120000 (Seite 488)
   Beim Ansatz für Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten wird die Evaluation Bensheimer Weg um 5.000 Euro auf 20.000 Euro verringert und der Gesamtansatz auf 453.500 Euro verringert.

Der Beschluss wird gefasst mit: 36 Ja-Stimmen, 03 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 17.1.o) Änderungsanträge der BfB-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2023 zu den Themen "Umsetzung Beschluss Verkauf von Gebäuden prüfen"

Anmerkung: Es erfolgt Einzelabstimmung

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, folgende Objekte zu verkaufen bzw. den Verkauf zu prüfen:

A) Objekt 3303 Verkauf Alte Gerberei, Platanenallee 5. Der Magistrat wird beauftragt, die jährlichen Aufwendungen für die Alte Gerberei im Haupt- und Finanzausschuss am 05.12.2022 darzustellen und die Höhe der Miete für 2023.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 03 Nein-Stimmen, 04 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

B) Objekt 3312 Stadtkeller, Dalberger Gasse 11. Der Magistrat wird beauftragt, den Verkauf des Stadtkellers zu prüfen, wenn keine Zuschüsse zurückgezahlt werden müssen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, einstimmig angenommen.

Punkt 17.1.p) Änderungsantrag der BfB-Fraktion zur "Anlage Haushaltskonsolidierung" (Personalkosten Weinbauverband, Verkauf Rodensteinstr. 8, Digitalisierung)

Anmerkung: Es erfolgt Einzelabstimmung

Beschluss:

A) Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Weinbauverband Gespräche dahingehend aufzunehmen, dass ab 2023, spätestens 2024 die Personalkosten für die Aufstellung von Mülleimern, die anschließende Reinigung der Veranstaltungsbereiche während der Weinlagenwanderung sowie die Kosten für die Beschilderung gemäß Anordnung der Straßenverkehrsbehörde vom Weinbauverband übernommen werden. Der Magistrat wird beauftragt, über diese Kosten zu informieren, die in das Haushaltskonsolidierungskonzept als Einnahme darzustellen sind.“

Der Beschluss wird gefasst mit: 05 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

B) Der Magistrat wird beauftragt, das Gebäude Rodensteinstraße 8 zu verkaufen und den zu erwartenden Verkaufserlös zu nennen und diesen Betrag als Einkünfte im Haushaltsentwurf 2024 einzuplanen.“

Der Beschluss wird gefasst mit: 29 Ja-Stimmen, 07 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

C) Der Magistrat wird beauftragt, über die seit Anfang 2022 bestehenden Gespräche im Bereich Digitalisierung mit Lorsch, Einhausen, Lautertal und Zwingenberg, insbesondere für die Bereiche IT-Sicherheit, Umsetzung Onlinezugangsgesetz und Digitales Dokumentenmanagement zu informieren und darzustellen, welche Kostenersparnis bei einer Zusammenarbeit der Kommunen zu erwarten ist. Dieser Betrag ist im Haushaltsentwurf für 2024 zu berücksichtigen."

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 07 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 17.1.q.1) Änderungsantrag der BfB-Fraktion zur "Anlage Haushaltskonsolidierung" (Grundsteuer)

Beschluss:

A) Die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 620 Punkten auf 760 Punkten im Haushaltsjahr 2025 wird gestrichen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 11 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 17.1.q.2) Änderungsantrag der BfB-Fraktion zur "Anlage Haushaltskonsolidierung" (Grundsteuer, Stellenbesetzungssperre, Ausschüttung Sparkasse)

Anmerkung: Es erfolgt Einzelabstimmung

Beschluss:

Anmerkung: Die Abstimmung zu A) erfolgte in der geänderten Fassung TOP 17.1.q.1

A) Die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 620 Punkte auf 760 Punkte im Haushaltsjahr 2024 wird bestrichen. Ebenfalls wird die Erhöhung der Gewerbesteuer von 390 Punkte auf 395 Punkte ab dem Jahr 2024 gestrichen.

B) Der Magistrat wird beauftragt, eine Stellenbesetzungssperre von 6 Monaten bei allen im Laufe des Haushaltsjahres 2023 und 2024 frei werdenden Stellen zu erlassen. Über Ausnahmen entscheidet der Magistrat. Im

Haushaltskonsolidierungskonzept sind in der Finanzplanung für 2023 und 2024 Minderausgaben bei den Personalkosten von 130.000 Euro einzuplanen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 04 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt.

C) Im Haushaltssicherungskonzept wird ab dem Jahr 2023 folgende eine Ausschüttung der Sparkasse Bensheim an ihre Träger-Kommunen in Höhe von mindestens 500.000 Euro vorgesehen. Der auf Bensheim entfallende Betrag ist im Haushaltssicherungskonzept der folgenden Jahre einzuplanen.“

Der Beschluss wird gefasst mit: 12 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 17.1.r.1) Änderungsantrag der Fraktion der Grünen bezüglich "Eigenbetrieb Stadtkultur" (OpernAir)

Anmerkung: Stv. Penteker nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss:

Das „OpernAir 2023“ soll wie ursprünglich geplant am 24. Juni im Fürstenlager stattfinden.
Die nötigen Mittel von 25.000,-- Euro sind als Garantieübernahme im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtkultur vorzusehen und der Verlustausgleich im HH der Stadt entsprechend anzupassen.
Weiterhin ist die Gründung eines Vereines zu prüfen, der in den Folgejahren als Träger die Veranstaltung ausrichtet. Die Kosten bei der Stadt sind dadurch zu verringern.

Der Beschluss wird gefasst mit: 07 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 17.1.r.2) Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtkultur Bensheim für das Jahr 2023

Beschluss:

Aufgrund der §§ 92 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der zuletzt gültigen Fassung, der §§ 15 ff. Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) in der zuletzt gültigen Fassung sowie der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Stadtkultur Bensheim vom 19.12.2013, zuletzt geändert am 01.11.2018, hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am xx.xx.xxxx folgenden Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2023 wird

im Erfolgsplan	in den Erträgen auf	3.720.691 EUR
	in den Aufwendungen auf	3.720.691 EUR
im Vermögensplan	Mittelherkunft	154.500 EUR
	Mittelverwendung	154.500 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Wirtschaftsjahr 2023 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

300.000 EUR

festgesetzt.

§ 5

Die Ansätze für Investitionsmaßnahmen im Vermögensplan sind gegenseitig deckungsfähig.

§ 6

Es gilt die von der Stadtverordnetenversammlung am xx.xx.xxxx beschlossene Stellenübersicht.

Der Beschluss wird gefasst mit: 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 17.1.s. a) Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP zum Haushaltsplan (Nur Nr. 7)

Beschluss:

7. Produkt 2.35.02, Konto 7127000 (Seite 297, Änderungsliste) Der Ansatz für Zuschüsse an Vereine wird bezüglich der Mittel für den Verein Frauenhaus Bergstraße e.V. in Höhe von 6.500 Euro mit einem Sperrvermerk versehen, der durch Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses aufgehoben werden kann.

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 17.1.s.b) Änderungsantrag von CDU, SPD und FDP bezüglich "Zuschuss Frauenhaus Bergstraße e.V."

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt gefasst:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Antrag des Vereins Frauenhaus Bergstraße e.V. zur Kenntnis.

Der Magistrat wird beauftragt, zunächst mit dem Landkreis Bergstraße und dem Verein Frauenhaus Bergstraße e.V. zu klären, welche Beratungsangebote vorgehalten werden und wer die Finanzierung trägt, sowie weitere Informationen zum Finanzierungsbedarf des Vereins Frauenhaus Bergstraße e.V. zu ermitteln.

Das Ergebnis ist spätestens mit der Vorlage, mit der der Sperrvermerk über den Ansatz in Höhe von 6.500 Euro im Produkt 2.35.02, Konto 7127000, für den Zuschuss an den Verein Frauenhaus Bergstraße e.V. aufgehoben werden soll, vorzulegen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 17.1.s.c) Frauenhaus Bergstraße e.V.;
hier: Antrag auf Gewährung eines städtischen Zuschusses

Anmerkung: Auf Grund der Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP (TOP 17.1.s b) wurde über diesen Punkt nicht abgestimmt.

Beschluss:

Es wird beschlossen, dem Antrag des Vereins Frauenhaus Bergstraße e.V. zu entsprechen.

Der Zuschuss wird zunächst für ein Jahr in Höhe von 6.500 € gewährt und im Haushaltsplan 2023 bei Produkt 2.35.02 – Vereinsförderung – veranschlagt.

Punkt 17.1.t.a) Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP zum Haushaltsplan (nur Nr. 8)

Beschluss:

8. Anpassung der Gebühren für den Pakt für den Nachmittag

a) Die Gebührensatzung über die Benutzung der Kindertagesstätten in der Stadt Bensheim wird zum 1. August 2023 wie folgt geändert: In § 2 Abs. 4 wird die Angabe „120,00 €/Monat“ durch „164,00 €/Monat“ und die Angabe „162,00 €/Monat“ durch „184,00 €/Monat“ ersetzt.

b) Im Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Kinderbetreuung werden die Umsatzerlöse bezüglich der Betreuungsgebühren im Teilergebnisplan 6.35.03.08 Grundschulbetreuung Schillerschule von 216.000 Euro auf (einsetzen: Betrag, der sich aus den Gebühren nach Buchst. a ergibt) Euro, im Teilergebnisplan 6.35.03.10 Grundschulbetreuung Schlossbergschule von 149.400 Euro auf (einsetzen: Betrag, der sich aus den Gebühren nach Buchst. a ergibt) Euro sowie im Teilergebnisplan 6.35.03.11 Carl-Orff-Schule von 129.600 Euro auf (einsetzen: Betrag, der sich aus den Gebühren nach Buchst. a ergibt) Euro und entsprechend im Gesamterfolgsplan erhöht.

c) Der Ansatz für den Verlustausgleich/Zuschuss an den Eigenbetrieb Kinderbetreuung Bensheim (Produkt 2.35.03, Konto 7125000) wird um 70.000 Euro auf 15.728.800 Euro verringert.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 07 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 17.1.t.b) Eigenbetrieb Kinderbetreuung - Wirtschaftsplan 2023

Anmerkung: Die Abstimmung erfolgt mit den Änderungen in TOP 17.1.t.a

Beschluss:

Es wird beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 wird

im Erfolgsplan	in den Erträgen auf	26.594.785 EUR
	in den Aufwendungen auf	26.594.785 EUR
im Vermögensplan	Mittelherkunft	4.705.730 EUR
	Mittelverwendung	4.705.730 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite werden in Höhe von 1.635.400 EUR veranschlagt.

§ 3

Es werden keine Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Wirtschaftsjahr 2023 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.500.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Ansätze für Investitionsmaßnahmen im Vermögensplan sind gegenseitig deckungsfähig.

§ 6

Es gilt die von der Stadtverordnetenversammlung am _____ beschlossene Stellenübersicht.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 07 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 17.1.u.a) Änderungsantrag der BfB-Fraktion zum Änderungsantrag der Koalition bezüglich "Haushaltssicherungskonzept"

Beschluss:

Der Punkt „Regelmäßige Anpassung der Hundesteuer auf Seite 2 des Änderungs-Antrages der Koalition wird gestrichen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 05 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig abgelehnt.

Punkt 17.1.u.b) Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bezüglich "Haushaltsplan 2023 - Haushaltssicherungskonzept"

Beschluss:

Nach Absatz 8 („… durch die Energiekrise und der hohen Inflation.“) wird der Text wie folgt ersetzt:

„Zur nachhaltigen Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Bensheim wird angestrebt, insbesondere Einsparpotentiale zu identifizieren, Aufgaben zu hinterfragen und strukturelle Veränderungen zu entwickeln. Hierbei ist zumindest zu erreichen, dass die Voraussetzungen für eine Genehmigung des Haushaltes erfüllt werden, indem Ergebnis- und Finanzhaushalt ausgeglichen sind.

Innerhalb der Verwaltung wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, deren Vorsitz die Bürgermeisterin hat. Die Arbeitsgruppe soll konkrete Vorschläge erstellen, wo und wie Einsparungen zukünftig möglich sind. Einbezogen werden die bereits vorgelegten Ausarbeitungen zur Haushaltskonsolidierung.

Ziele sind ein dauerhafter Haushaltsausgleich, ein nachhaltiger Schuldenabbau und die Senkung der aktuellen Hebesätze für Grund- sowie Gewerbesteuer.

Unter anderem sind folgende Themen zu prüfen:

- Regelmäßige Prüfung und Anpassung von Gebühren und Leistungsentgelten; hierzu Erstellung eines Plans für die Turnusse zur Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung, z.B. zweijähriger Turnus bei Verwaltungs- und Kinderbetreuungs-gebühren, fünfjähriger Turnus bei den Feuerwehrgebühren. Beispiele sind Verhandlungen mit der Gemeinde Lautertal und der Stadt Zwingenberg bezüglich der Anpassung der Gebühren für die Wartung und Instandsetzung der Atemschutzgeräte und ein Vorschlag für einen höheren Ansatz im Jahr 2024 (Produkt 2.14.04, Konto 5110000) sowie Anpassung der Gebühren für Baumfällungen (Produkt 2.36.01, Konto 5100000).

- Regelmäßige Anpassung der Hundesteuer

- Beispiele für weitere Einsparungen sind der Verweis bei Antragstellung auf die Kostenübernahme für die Totenfürsorge durch den Kreis Bergstraße, um Kosten bei der Stadt zu reduzieren (Produkt 2.32.01, Konto 6100000) und kleinere Einträge in Telefonbüchern – wie die umliegenden Kommunen – mit einem verringerten Ansatz für das Jahr 2024 (Produkt 2.13.01, Konto 6861000).

- Verkauf des Gebäudes Rodensteinstraße 8, des Stadtkellers (Dalberger Gasse 11), der Alten Gerberei (Platanenallee 5)

Da zum derzeitigen Zeitpunkt der Ausgleich des Fehlbetrages im Haushalt nicht anhand von Einsparmaßnahmen beziffert werden kann, soll ab dem Jahr 2025 eine Anhebung der Hebesätze vorgesehen werden. Diese Anhebung wird nicht umgesetzt, soweit der Ausgleich mit anderen Maßnahmen dargestellt werden kann.

Daher wird folgende Maßnahme aufgenommen:
Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 620 Punkten auf 760 Punkte im Haushaltsjahr ab dem Jahr 2025.

Hierdurch ergeben sich im Finanzplanungszeitraum folgende zahlungswirksame Mehrerträge:

	2023*	2024	2025	2026
Grundsteuer B	2.261.875	0	2.307.808	2.391.053
Gewerbesteuer	2.000.000	0	0	0
Summe	4.261.875	0	2.307.808	2.391.053

*Im Vergleich zu den Hebesätzen von 2021. Die Ansätze 2023 sind die Folgewirkung des Haushaltssicherungskonzeptes 2022.

Die Mehrerträge 2024ff. beziehen sich auf die Differenzen zu den Hebesätzen 2022/2023.“

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, mehrheitlich angenommen.

Punkt 17.2) Haushaltsplan der Stadt Bensheim mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2023
a) Erlass der Haushaltssatzung und Feststellung des Haushalts planes für das Haushaltsjahr 2023
b) Beschluss über das Investitionsprogramm für die Jahre 2022 bis 2026
c) Beschluss über das Haushaltssicherungskonzept

Anmerkung: Es erfolgt Einzelabstimmung

Beschluss:

a.)

Dem vom Magistrat festgestellten Entwurf der **Haushaltssatzung** sowie dem **Haushaltsplan** mit seinen Anlagen für das Haushaltsjahr 2023 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen (sh. zusammengefasste

Änderungsliste, Stand 06.12.2022) zugestimmt. Gemäß § 94 i. V. m. § 97 Abs. 1 HGO wird die Haushaltssatzung in der vorliegenden Form beschlossen:

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	**122.523.430,00 EUR**
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	**128.834.497,00 EUR**
(Ordentliches Ergebnis	- **6.311.067,00 EUR**)
im außerordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	**40.000,00 EUR**
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	**73.000,00 EUR**
(Außerordentliches Ergebnis	**-** **33.000,00 EUR**)
mit einem **Fehlbedarf** von	- **6.344.067,00 EUR**

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	**- 4.761.614,77 EUR**
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	**2.342.945,92 EUR**
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	**12.698.350,00 EUR**
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	**0,00 EUR**
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	**4.296.000,00 EUR**
mit einem **Zahlungsmittelbedarf** des Haushaltsjahres von	- **19.413.018,85 EUR**

festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2023 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 0,00 EUR festgesetzt.

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen** im Haushaltsjahr 2023 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf **6.642.000,00 EUR** festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2023 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 0 EUR festgesetzt.

Die weiteren Festsetzungen bleiben unverändert und sind der vorliegenden Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 zu entnehmen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

b.)

Dem **Investitionsprogramm** für die Jahre 2022 bis 2026 wird zugestimmt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

c.)

Dem **Haushaltssicherungskonzept** (Anlage 3 zum Haushaltsplan 2023) wird zugestimmt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 17.2.a) Zweite Änderung zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023

Beschluss:

Die vorgelegte zweite Änderung im Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 wird beschlossen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 29 Ja-Stimmen, 07 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 18.1) Durchführungsvertrag zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan BW 29 Dammstraße in Bensheim

---

Anmerkung: Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Moritz übernimmt die Sitzungsleitung

Beschluss:

Es wird beschlossen, dass der beiliegende Durchführungsvertrag zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan BW 29 "Dammstraße" in Bensheim in dieser Form abgeschlossen werden darf.

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 18.2) Vorhabenbezogener Bebauungsplan BW 29 "Dammstraße" hier:
a) Beschluss der Abwägung der Stellungnahmen aus der erneuten Bürger- und Behördenbeteiligung nach § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
b) Satzungsbeschluss nach § 10 BauGB

Beschluss:

a) Der Vorschlag zur Abwägung der Stellungnahmen (Anlage 1) aus der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB wird in der vorliegenden Form beschlossen.

b) Der vorhabenbezogene Bebauungsplans BW 29 "Dammstraße" (Anlagen 2-14) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB einschließlich der bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 91 HBO als Satzung beschlossen. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 19.a) Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP zum Antrag der Grüne-Fraktion bezüglich "Prüfung von Tempo 30 von der Hochstraße bis zum Ritterplatz und vom Ritterplatz bis Wormser Straße"

Beschluss:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Im zweiten Satz werden nach den Wörtern „Tempo 30“ die Wörter „in den Nachtstunden (22 bis 6 Uhr)“ eingeführt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 29 Ja-Stimmen, 07 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 19.b) Antrag der Grüne-Fraktion bezüglich "Prüfung von Tempo 30 von der Hochstraße bis zum Ritterplatz und vom Ritterplatz bis Wormser Straße"

Anmerkung: Auf Grund der Abstimmung zum Änderungsantrag (TOP 19.a) wurde über diesen Punkt nicht abgestimmt.

Beschluss:

Die Bürgermeisterin in ihrer Funktion als Ortspolizeibehörde bzw. die für den Verkehr zuständige Dezernentin der Stadt Bensheim wird gebeten:

Im Abschnitt der Bundesstraßen 3 von der Hochstraße bis zum Ritterplatz und vom Ritterplatz bis Wormser Straße (B 3 und B 47 Unterführung) zu prüfen, ob und in welchem Umfang aus Lärmschutzgründen Tempo 30 angeordnet werden kann. Über das Prüfergebnis ist im Ausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung möglichst bis 23.03.2023 zu informieren.

Punkt 20) Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen bezüglich "Kindertagesstätte Berliner Ring"

Beschluss:

Der im März 2022 gefasste Beschluss, mit dem der Magistrat beauftragt wurde, den Zugang zum Grundstück der Kindertagesstätte am Berliner Ring ausschließlich vom Bertolt-Brecht-Ring aus umzusetzen, wird aufgehoben.

Die Sperrung der Zugänge vom Berliner Ring wird umgehend aufgehoben.

Der Beschluss wird gefasst mit: 38 Ja-Stimmen, 01 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 21) Anfrage der Grüne-Fraktion bezüglich "Sachstand Freiflächen Photovoltaik an der A 5 in Bensheim"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde ausgehändigt.

Punkt 22) Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Neue Anforderungen an Hallenspielstätten bei der Handball Bundesliga - Frauen (HBF)"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde ausgehändigt.

Punkt 23) Anfrage der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bezüglich "Ausbau des Glasfasernetzes"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde ausgehändigt.

Punkt 24) **Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Situation Wasser im Versorgungsgebiet GGEW"**

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde ausgehändigt.

Punkt 25) Schreiben des Elternbeirates der Kindertagesstätte am Berliner Ring zum Thema der dortigen Zugangs- und Parkplatzsituation

---

Anmerkung: Die Information wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 26) **Mietobjekt Nibelungenstr. 97-99, Bensheim hier: Verlängerung der Mietverträge**

Anmerkung: Die Information wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 27) **Radverkehrsschau 2022**
hier: Protokoll

Anmerkung: Die Information wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 28) **Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.12.2020 über die Durchführung eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs am Marktplatz,**
hier: Auslobung

Anmerkung: Die Information wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 29) **Prüfauftrag über den Verkauf von Teileigentum (100 Stellplätze in Tiefgarage) an Guntrum-Galerien gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2021**

Anmerkung: Die Information wird zur Kenntnis genommen.

Ende der Sitzung: 22:38 Uhr

_____	_____
Christine Deppert	Andrea Dietzel
Stv. Vorst.	Schriftführerin

_____
Heiko Moritz
stell. Stv. Vorst.